

<https://cctt.cl/2022/03/03/tiempos-de-guerra-responsabilidades-de-los-grandes-actores-y-posturas-desde-la-izquierda/>

Zwei Konfrontationen in der Ukraine

Claudio Katz / Jacobinlat

Die Kritik an Putins Vorgehen ist bei jeder Äußerung der Linken unvermeidlich. Dieser Position muss jedoch eine energische Anprangerung des US-Imperialismus als Hauptschuldigen an der Eskalation des Krieges vorausgehen.

In den ersten Tagen der Militäroperation war der Vormarsch der russischen Armee überwältigend. Er zerstörte zuvor festgelegte Ziele und legte die Infrastruktur eines unendlich viel schwächeren Gegners lahm. Es gibt keinen Vergleich zwischen den beiden Seiten, und wenn das Endergebnis vom Ausgang des Krieges abhängen würde, wäre der Sieg Russlands sicher.

Doch die Konfrontation hat gerade erst begonnen, und die große Frage ist, was Moskau damit bezweckt: Will es das Land besetzen? Will es den Sturz der Regierung erzwingen? Will es einem neuen Präsidenten seine Forderungen aufzwingen? Während die Panzer Kiew einkesseln, läuft die Zeit der Operation entgegen.

Überraschungen, Reaktionen und unvorhergesehene Ereignisse.

Die Ohnmacht des Westens ist das auffälligste Merkmal des durch die Moskauer Offensive geschaffenen Szenarios. Putins Entscheidung lähmte seine Konkurrenten, die nichts unternahmen, um ihrem Schützling zu helfen. Präsident Zelensky sprach offen über die Vernachlässigung durch seine Vormünder ("sie haben uns allein gelassen").

Bidens Verwirrung ist erbärmlich. Er wusste von dem russischen Plan, der von seinen Sprechern lange im Voraus bekannt gegeben wurde, versäumte es aber, eine Antwort zu planen. Er lehnte eine militärische Eskalation und die Verhandlungsvorschläge Putins ab, ohne Alternativen in Betracht zu ziehen. Diese Verblüffung bestätigt, dass Washingtons Reflexe noch immer von der jüngsten Niederlage in Afghanistan beeinflusst sind. Das Außenministerium stößt bei der Beteiligung der Marineinfanterie an neuen Operationen an ernste Grenzen, und die gleiche Zurückhaltung bei der Truppenentsendung ist auch in Europa zu beobachten. Die NATO hat sich daher auf vage Verlautbarungen beschränkt.

Es ist klar, dass wirtschaftliche Sanktionen irrelevant sind, wenn Russland einen politisch-militärischen Erfolg erzielt. Jede Finanz- oder Handelsblockade würde durch einen solchen Sieg effektiv aufgehoben. Moskau hat sich darauf vorbereitet, die Härten zu überstehen. Es hat große Devisenreserven angehäuft und eine Vielzahl von Handelsabkommen abgeschlossen, um der Isolation zu begegnen. Aber diese Vorsichtsmaßnahmen werden nur funktionieren, wenn

sie kurzfristig einen Sieg erringen.

Russland hat seine Importsubstitutionspolitik verfeinert, um mit den Sanktionen fertig zu werden, und die Auswirkungen seines Ausschlusses aus dem internationalen Bankenmanagementsystem (Swift) sind höchst ungewiss. Wenn Putin mit Xi Jin Ping über einen massiven An- und Verkauf von Waren verhandeln würde, könnte dies dem westlichen Boykott entgegenwirken. Aber niemand weiß, wie hoch die tatsächliche Konvergenz der beiden Giganten ist, die die USA herausfordern. Sanktionen sind ein zweischneidiges Schwert und könnten für den Westen zum Bumerang werden, wenn sie transatlantische Unternehmen selbst betreffen. Die von London verhängten Strafen gegen russische Oligarchen beispielsweise sorgen bereits für Aufsehen bei anderen Operationen in der britischen Finanzoase.

Der Handelskrieg gegen Moskau treibt auch die Kraftstoff- und Lebensmittelpreise in die Höhe und untergräbt die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie. Russland liefert einen Großteil des weltweit gehandelten Weizens, liefert ein Drittel des europäischen Gases und deckt die Hälfte des deutschen Gasverbrauchs. Wenn Berlin seinen Hauptenergielieferanten abschaltet, wer ist dann mehr betroffen - der russische Verkäufer oder der deutsche Käufer?

Einige Analysten glauben, dass Putin in eine von Biden gestellte Falle getappt ist, um Russland in denselben Sumpf zu stürzen, in dem sich die UdSSR in Afghanistan verstrickt hatte. Aber Washington zieht nicht die Fäden, und es ist höchst unwahrscheinlich, dass sein stotternde Führer einen solchen Hinterhalt geplant hätte. Sollte die Invasion dennoch scheitern, könnte Moskau in Kiew das Grab wiederholen, das es sich in Kabul geschaufelt hat. Der Ausgang des Dramas in der Ukraine ist alles andere als klar. Aber in jedem Fall sind die Diagnosen zweitrangig gegenüber der Charakterisierung des Konflikts.

Der Hauptverantwortliche

Es gibt überwältigende Beweise dafür, dass der US-Imperialismus die Hauptverantwortung für die Tragödie in der Ukraine trägt. Unzählige Male versuchte das Pentagon, Kiew in das von den neuen NATO-Partnern in Osteuropa aufgebaute Raketennetz einzubinden (in dreißig Jahren wurde das Atlantische Bündnis von 16 auf 30 Mitglieder erweitert). Die Einkreisung Russlands wurde von Clinton initiiert, der damit gegen alle Verpflichtungen verstieß, die die militärische Präsenz der USA auf die deutsche Grenze beschränkten. Diese Grenze wurde immer wieder verschoben, um eine Expansionsstrategie zu unterstützen, die Bush mit dem gescheiterten Einmarsch in Georgien (2008) gefördert hat. Seine Nachfolger arbeiteten daran, die Ukraine zu einem weiteren Spielball des atlantischen Apparates zu machen.

Washington versuchte auf verschiedenen Wegen, Kiew in die NATO einzubinden, und stand kurz davor, ein Referendum zur Erzwingung der Mitgliedschaft herbeizuführen. Der Maidan-Aufstand (2013) brachte Regierungen hervor, die mit Russland zerstritten sind, und der derzeitige

Präsident Zelensky machte die Ukraine zu einem "Partner mit besseren Möglichkeiten" der NATO (2020).

Putin hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Präsenz der NATO in der Ukraine eine Bedrohung für die Sicherheit Russlands darstellt. Die Ukraine grenzt an ihre wichtigsten europäischen Partner und hat gemeinsame Küstengrenzen mit der Türkei und den kaukasischen Staaten. Während Raketen, die in Polen oder Rumänien stationiert sind, Moskau in fünfzehn Minuten erreichen können, könnten ihre Pendanten in der Ukraine Moskau in nur fünf Minuten erreichen. Russland verfügt über kein gleichwertiges Instrument in der Nähe des US-Territoriums.

In den letzten Jahren hat die Ukraine umfangreiche Militärgüter erhalten, und die Generalität hat **die militärischen Dienstgrade entsprechend den NATO-Standards reformiert**. Das Land steht an dritter Stelle der wirtschaftlich-militärischen "Hilfe" Washingtons und hat kürzlich Flugabwehrraketen erworben, die das Schwarze Meer in ein westliches Kommandogebiet verwandeln sollen.

Der Kreml stellt diese Kriegstreiberei seit Jahren in Frage, und in den letzten sechs Wochen hat Putin darauf gedrängt, die Umwandlung der Ukraine in ein Katapult gegen Russland ausdrücklich zu stoppen. Er versuchte, einen neuen Status quo auszuhandeln, um sein Land vor der Kriegstreiberei der USA zu schützen, erhielt aber keine Antwort von der NATO. Zu den Vorschlägen Moskaus gehörten der Ausschluss Kiews aus der NATO und ein Vetorecht bei Raketenanlagen. Sie setzte sich auch für einen Neutralitätsstatus des Landes ein, ähnlich dem Finnlands und Österreichs während des Kalten Krieges.

Putin rief auch zu einem Konsens über andere globale Entspannungsmaßnahmen auf. Er forderte Washington auf, den von Trump aufgekündigten Vertrag über die Deaktivierung bestimmter Atomwaffen (INF) wieder zu öffnen. Das Außenministerium reagierte auf diese Friedensangebote mit Gleichgültigkeit, Ausweichmanövern oder Beleidigungen. Insbesondere lehnte sie die Neutralität der Ukraine ab, um einen Präzedenzfall für die Demontage der vom Pentagon gebauten Batterien in Europa zu vermeiden. Diese Weigerung verschärfte den Konflikt, der durch die aggressive Expansion der NATO ausgelöst wurde.

Die Unterwerfung Europas

Washington fördert die Kriegstreiberei in der Ukraine, um die Unterwerfung Europas unter seine Agenda zu verstärken. Sie wiederholt ihr altes Rezept der Militarisierung zur Unterwerfung des Alten Kontinents. Ein neokonservativer Beamter des Außenministeriums (Victoria Nuland) ist seit 2014 für diese Strategie verantwortlich. Das russische Stalking hat Brüssel bereits diszipliniert, und in wenigen Wochen hat das Pentagon die Mobilisierung von Truppen aus Spanien, Dänemark, Italien und Frankreich angeordnet. Die Ukraine-Krise hat auch dazu beigetragen, die NATO-freundliche Ausrichtung des Vereinigten Königreichs nach dem Brexit zu verstärken. Noch vor Biden kündigte

Johnson Wirtschaftssanktionen gegen Moskau an und gab den Weg vor, den seine ehemaligen Partner auf dem Kontinent einschlagen sollten.

Frankreich hat durch Macrons gescheiterten Verhandlungsversuch an Autorität eingebüßt: Er wollte einen Rahmen für Gespräche schaffen, der weit vom Veto der USA entfernt ist, hat aber die Beschwichtigungsvorschläge des Kremls nicht berücksichtigt. In den wichtigsten Fragen - Neutralität der Ukraine und Austritt aus der NATO - blieb er dem Weißen Haus gegenüber absolut loyal.

Deutschland ist ein bewusstes Ziel der amerikanischen Kriegstreiberei. Das Außenministerium versuchte, die Eröffnung der Nord Stream 2-Pipeline zu blockieren, die russischen Treibstoff durch die Ostsee liefern und damit den derzeitigen Transit durch die Ukraine umgehen würde. Washington hat versucht, eine regionale Atmosphäre zu schaffen, um die Deutschen daran zu hindern, **Energie aus Moskau zu beziehen.**

Die Vereinigten Staaten tragen auch dem fünffachen Anstieg des Erdgaspreises im vergangenen Jahr Rechnung. Es versucht, Russland vom europäischen Markt zu verdrängen, um sein überschüssiges Flüssiggas abzuladen, das es zu höheren Preisen als sein Moskauer Konkurrent anbietet. Sie verhandelt sogar über den Bau eines Hafens auf dem Alten Kontinent, um die sensiblen Transporte dieses Brennstoffs aufzunehmen. **Ihr Projekt steht in offener Konkurrenz zur russischen Pipeline.**

Der Aufstieg aus Kiew

Europa hat bei dem Vorhaben, die Ukraine zu einer NATO-Hochburg zu machen, eine ergänzende Rolle zu den USA gespielt. Sowohl Washington als auch Brüssel stehen seit dem Maidan-Aufstand (2013) und dem anschließenden Putsch gegen Präsident Janukowitsch hinter dieser kriegstreiberischen Dynamik. Janukowitsch verhandelte mit zwei Seiten über externe Finanzhilfen, um das Haushaltsdefizit des Landes zu verringern. Seine endgültige Entscheidung für den russischen Retter gegenüber dem europäischen Retter löste eine Reaktion der pro-westlichen Demonstranten aus, die den Sturz des Präsidenten und die Ankunft eines Präsidenten, der entschlossen ist, die Hinwendung zur NATO zu beschleunigen, beschleunigte (Porohekno).

Das Außenministerium trieb diesen Wandel voran, indem es die Spannungen mit Russland verstärkte und in der Bevölkerung eine liberale Verbundenheit mit dem amerikanischen Traum förderte. Brüssel seinerseits profitierte von der illusorischen Erwartung, die Ukraine durch einen einfachen Beitritt zur EU in eine entwickelte Wirtschaft zu verwandeln. Sie förderte diesen Glauben, um die brutale Anpassung, die sie Griechenland damals auferlegte, zu beschönigen. Er nutzte die Begeisterung in Kiew, als die EU-Fahnen wehten (während sie in Athen verachtet wurden).

Die von der ukrainischen Regierung propagierte westliche Euphorie wiederholte das Muster aller jüngsten politischen Prozesse in Osteuropa. Aber sie fügte diesem Muster eine antirussische Kampagne hinzu und verschärfte den Nationalismus, was zu bewaffneten Provokationen gegen die russischsprachige

Bevölkerung führte. Kiew führte Ukrainisch als einzige Amtssprache ein, wovon alle nicht-ukrainischen Sprecher betroffen waren. Außerdem startete sie eine Reihe von Militäraktionen gegen den prorussischen Sektor im Osten.

Der interne "Minikrieg" in der Ukraine hat in den letzten acht Jahren schätzungsweise **14.000 Todesopfer und 1,5 Millionen Vertriebene gefordert**. Der Hauptschauplatz dieser Konfrontationen ist jedoch **die russischsprachige Donbass-Region**, die von den Gesandten Kiews überfallen wurde. **Diese Aggressionen werden von den rechtsextremen Strömungen angeführt, die aus der Maidan-Revolte hervorgegangen sind**. Es ist noch umstritten, ob diese reaktionäre Prägung von Anfang an vorhanden war oder ob sie aus der späteren Entwicklung der Bewegung hervorging. Aber in jedem Fall ist das ultra-regressive Ergebnis dieses Prozesses unbestreitbar.

Die Ukraine befindet sich aufgrund der negativen Folgen der kapitalistischen Restauration in einer dramatischen Wirtschaftskrise. Diese Transformation wurde mit der gleichen Intensität wie in Russland und mit dem gleichen Modell der oligarchischen Aneignung der alten herrschenden Elite vollzogen. Die beiden Volkswirtschaften haben sich jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Während Russlands natürlicher Reichtum eine Kombination aus Elitenkompromiss und einem gewissen Maß an sozialer und politischer Stabilität ermöglichte, verschärfte der produktive Niedergang der Ukraine die Desintegration an der Spitze und die Unzufriedenheit an der Basis. Vor dem Hintergrund der Stagnation, des schrumpfenden Verbrauchs, der öffentlichen Verschuldung und der **Verschlechterung der Haushaltslage ähnelt das Pro-Kopf-BIP dem der 1990er Jahre**, und die Wirtschaftsführung Kiews unterliegt einer strengen Überwachung durch den IWF.

Diese Krise vertiefte die frühere Spaltung der herrschenden Klassen des Landes in pro-westliche Sektoren im Westen und pro-russische Sektoren im Osten. Die erste Gruppe hat versucht, das Land durch billige Arbeitskräfte, Primarisierung und uneingeschränkte Handelsöffnung in die EU zu bringen. Sie nahmen nicht rückzahlbare Kredite auf und verpflichteten sich zu nicht realisierbaren Anpassungen. Die zunehmende Integration in Europa (ohne Beitritt zur EU) erhöhte die Abhängigkeit von den Finanzen Brüssels und band das Land an die Überweisungen der Emigranten.

Im Osten ist das Szenario anders. Dort herrschte die Aufrechterhaltung der Fabrikproduktion neben einer engeren Bindung an Moskau vor. Die herrschenden Sektoren wehrten sich gegen die Zerstörung, die der EU-Beitritt mit sich bringen würde. Sie haben verstanden, dass die Fabriken der Region niemals in der Lage sein würden, die von Brüssel geforderten Produktionsstandards, Technologien und Preise zu verdauen. Sie wissen auch, dass die ukrainische Stahlindustrie ohne russische Öllieferungen nicht überleben kann.

Die Ukraine konnte diese regionalen Spannungen nicht verarbeiten und gleichzeitig ihre Einheit und das Zusammenleben der beiden Zonen bewahren.

Der reaktionäre antirussische Nationalismus, der vom Pentagon gefördert wurde, hat diese Möglichkeit zunichte gemacht.

Die Reaktion Moskaus

Der Einmarsch in die Ukraine war Putins Antwort auf die zahlreichen Ablehnungen seines Vorschlags, über die Neutralität der Ukraine zu verhandeln. Einige sind der Meinung, dass er der NATO-Mitgliedschaft seines Nachbarn mit einer Präventivmaßnahme zuvorgekommen ist. Russland hat eine schreckliche Geschichte, in der es unter ausländischen Invasionen zu leiden hatte, und seine Bevölkerung reagiert sehr empfindlich auf jede Bedrohung. Nach Hitler ist die Grenzsicherung keine Kleinigkeit.

Es ist auch klar, dass der US-Imperialismus nur die Sprache der Gewalt versteht. Es genügt ein Blick auf den jüngsten Kontrast zwischen Afghanistan, Irak und Libyen und Nordkorea, um diese Vorherrschaft der militärischen Codes in den Beziehungen zu Washington zu bestätigen. Nach wiederholten Drohungen an Pjöngjang hat kein US-Regierungschef Taten folgen lassen, weil er offensichtlich eine atomare Reaktion fürchtete. Russland ist mit dieser Dynamik vertraut, weshalb einige Analysten die Vermutung äußerten, dass Putin auf die Pattsituation mit der Installation taktischer Atomraketen in Belarus reagieren würde.

Der Kremlchef entschied sich jedoch für eine Invasion, die er zunächst als Operation zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung darstellte. In den letzten Monaten hat sich der Donbass durch neue Wellen rechter Angriffe, die den Waffenstillstand untergraben und die Evakuierung von Zivilisten erzwungen haben, erneut überhitzt. Putin übertreibt, wenn er den "Völkermord" in der Region anprangert, verweist aber auf die erwiesene Gewalt reaktionärer Milizen. Er bezieht sich auf diese Sektoren, wenn er die "Entnazifizierung" der Ukraine fordert. Und dieser Name ist keine leere Worthülse: Seit 2014 haben die rechtsextremen Banden jeder Regierung in Kiew eine Herrschaft der Gewalt aufgelegt. Sie verhängten ein Verbot der Kommunistischen Partei, die Ausrottung der russischen Sprache aus dem öffentlichen Raum und die Beseitigung aller Spuren der Sowjetära ("Dekommunisierung").

Die Rechten sind auf der Straße sehr aktiv und haben bewaffnete Einheiten mit Ausbildungszentren eingerichtet, die dem faschistischen paramilitärischen Modell der 1930er Jahre sehr ähnlich sind. An der Spitze dieser Kräfte steht **das neonazistische Asow-Bataillon**, das Abzeichen nach dem Vorbild der SS des Dritten Reiches verwendet und sich auf lokale Formationen beruft, die mit Hitler gegen die Sowjets kollaboriert haben (OUN-UPA), in der Hoffnung, eine eigene Republik zu erhalten.

Diese faschistischen Gruppierungen haben alle Versuche blockiert, eine Verhandlungslösung in dem Format zu erreichen, das 2015 mit den Minsker Gesprächen eingeführt wurde. Sie lehnen die Wiedereingliederung des Ostens als autonome Region mit anerkannten Rechten für die russischsprachige Bevölkerung ab. Da ihr Hauptanliegen die nationale Identität ist, lehnen sie jede

Vereinbarung ab, die eine Föderalisierung des Donbass vorsieht. Die Rechten sehen in einer solchen Lösung eine unannehmbare Kapitulation. Deshalb sabotierten sie alle Waffenstillstände, um gegenseitige Amnestien zu schließen und die freie Durchreise von Zivilisten zu ermöglichen. Im Einklang mit dieser Kriegstreiberei schaltete Zelensky drei pro-russische Fernsehsender ab und genehmigte eine große faschistische Ausbildungsstätte.

Die große Neuheit des neuen Szenarios ist jedoch Putins eigene Entscheidung, die Minsker Vereinbarungen zu begraben, die er zuvor als den am besten geeigneten Rahmen für die Annäherung an die Neutralität der Ukraine gefördert hatte. Anstatt diesen Kontext für die Wiedervereinigung des Landes zu bewahren, erkannte er die beiden autonomen Republiken im Osten (Donezk und Luhansk) an. Niemand weiß, ob diese Lösung von beiden Bevölkerungsgruppen bevorzugt wird, da die Konsultation zu ihrer nationalen Wahl noch aussteht. Wie auf der Krim legt Putin zunächst den Status einer Region fest und ergänzt diesen Status dann durch ein Wahlverfahren.

In diesem Fall beschränkte sich der Moskauer Staatschef jedoch nicht darauf, den begrenzten Einsatz von Truppen zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung vorzusehen. Eine solche Aktion war mit der Fortsetzung der Minsker Verhandlungen vereinbar; sie hat diese Gespräche nur durch Garantien für die Sicherheit des am meisten gefährdeten Sektors verstärkt. Putin entschied sich stattdessen für einen völlig anderen Weg, nämlich eine allgemeine Invasion des ukrainischen Territoriums, die dem Kreml das Recht einräumt, eine gegnerische Regierung zu stürzen. Eine solche Entscheidung ist nicht zu rechtfertigen und dient dem westlichen Imperialismus.

Verachtung für das Volk

Die Vereinigten Staaten stehen auf der Seite der Aggressoren und Russland auf der Seite der von der Raketeneinkreisung Betroffenen. Diese Asymmetrie rechtfertigt jedoch weder eine Antwort der Aggressoren, noch bestimmt sie den ausnahmslos defensiven Charakter der Reaktionen Moskaus. Im militärischen Bereich hängt die Gültigkeit einer jeden Maßnahme von ihrem Verhältnis ab. Dieser Parameter ist für die Beurteilung von militärischen Konflikten von wesentlicher Bedeutung.

Russland hat das Recht, sein Territorium gegen die Angriffe des Pentagons zu verteidigen, aber es kann dieses Recht nicht in irgendeiner Weise ausüben. Die Logik der militärischen Zusammenstöße beinhaltet bestimmte Leitlinien. So ist es beispielsweise nicht zulässig, ein rivalisierendes Bataillon wegen einer geringfügigen Verletzung des Waffenstillstands zwischen den Parteien zu vernichten. Es stimmt, dass die Waffenlieferungen des Pentagons an Kiew in letzter Zeit zugenommen haben, ebenso wie die gefährlichen Verhandlungen über einen NATO-Beitritt. Doch die Ukraine hat diesen Schritt nicht getan und auch nicht die von Moskau befürchteten Raketen installiert. Die faschistischen Milizen setzten ihre Eskalation fort, ohne jedoch weitergehende Aggressionen zu unternehmen. Die Entscheidung, in die Ukraine einzumarschieren, ihre wichtigsten Städte zu umzingeln, ihre Armee zu zerstören und ihre Regierung

auszutauschen, ist nicht als Verteidigungsmaßnahme Russlands zu rechtfertigen.

Putin hat eine massive Missachtung aller Bewohner der Westukraine an den Tag gelegt. Er registriert nicht einmal, was die Wünsche dieser Bevölkerung sind. Selbst wenn Zelensky die von ihm angeprangerte "Regierung der Drogensüchtigen" befehligen würde, müssten seine Wähler entscheiden, wer ihn ersetzen soll. Diese Entscheidung liegt nicht in der Hand des Kremls. Keine westukrainische Bevölkerung sympathisiert mit den von Moskau entsandten Gendarmen. Die Feindseligkeit gegenüber diesen Truppen ist so offensichtlich, dass Putin nicht einmal den Versuch unternommen hat, seinen Einmarsch als einen von den Bürgern des überfallenen Landes gewünschten Akt darzustellen. Sein Angriff hat Panik und Hass gegen die Besatzer ausgelöst. Die gleiche Ablehnung des russischen Einmarsches ist in der ganzen Welt zu beobachten. In zahllosen Hauptstädten gab es Demonstrationen der Ablehnung, während nirgendwo Gegenveranstaltungen zur Unterstützung der Moskauer Armee stattfanden.

Putin hat das wichtigste Bestreben aller Konfliktbeteiligten, nämlich eine friedliche Lösung zu erreichen, ignoriert. Im Vorfeld der Invasion sah sich die Regierung in Kiew selbst einer großen innenpolitischen Ablehnung ihrer Eskalation gegenüber. Es gab sogar Anzeichen für einen starken Widerstand gegen die NATO-Mitgliedschaft und die anschließende Neufassung der Souveränitätserklärung (1990) und der Verfassung (1996) des Landes. Diese pazifistischen Ziele müssen nun mit der kriegstreiberischen Rechten konkurrieren, die zum aktiven Widerstand gegen die russische Invasion aufruft.

Viele Jahre lang haben Washington, Brüssel und Kiew die Verhandlungslösung sabotiert, die nun von Moskau mit Füßen getreten wird. Putin ist auf den Zug der Kriegstreiber aufgesprungen, weil er die Wünsche der an dem Konflikt beteiligten Völker ignoriert. Er lässt sich von den Ratschlägen der Spitzenbürokratie leiten, die in einem konfliktreichen Verhältnis zu Russlands Millionären regiert. Seine Invasion zielt auch darauf ab, die Bevölkerung der Ostukraine zu reglementieren. Er hat die Anerkennung dieser Autonomie acht Jahre lang hinausgezögert, im Gegensatz zur widerwilligen Annexion der Krim. Er vermied eine Wiederholung dieses Präzedenzfalls, weil die radikalisierte lokale Milizbewegung, die die Rechtsradikalen besiegte, anfangs eine große Rolle spielte.

Diese Kämpfer traten für die Schaffung einer "sozialen Republik" ein und agierten kurzzeitig unter dem Kommando eines Anführers, der den Spitznamen "der Che Guevara von Lugansk" erhielt. Sie hielten linke Fahnen hoch, eroberten die sowjetische Welt zurück und knüpften mit Rezitationen der Internationale an **die bolschewistische Tradition** an. Um diese Radikalität zu neutralisieren, erzwang Putin die Räumung von Gebäuden und die Aufgabe von Barrikaden, während er die Entwaffnung der Milizen und die **Säuberung ihrer Anführer** überwachte.

Als es ihm gelang, seine Autorität durchzusetzen, fror er den Status der beiden Republiken (die die symbolische Bezeichnung "Volksrepubliken" beibehielten)

in Erwartung eines positiven Ergebnisses der Minsker Gespräche ein. Er wiederholte das Verhalten seiner Vorgänger, die immer an der Spitze verhandelten, indem sie die radikalen Bewegungen zerschlugen. Nach mehreren Jahren hat er sich nun für einen neuen Weg entschieden, der ebenso inkonsequent ist wie der vorherige.

Mit dem Einmarsch in die Ukraine begünstigt der Kreml alle Mythen der westlichen Demokratie, die aufgrund der zahlreichen Fehlschläge des Pentagons in Verruf geraten waren. **Putin gab Washington das, was es brauchte**, um die ideologischen Irrtümer, die durch die Verwüstungen in Afghanistan und im Irak entstanden waren, wieder aufzubauen. Sein Abenteuer hat den Gegensatz zwischen westlicher Demokratie und russischer Autokratie neu belebt. Der Kreml wird wieder einmal mit idyllischen Verherrlichungen des Kapitalismus verunglimpft. **Das Wiederaufleben dieser Fiktion** ist eine direkte Folge des russischen Einmarsches.

Die Invasion hat auch dem ukrainischen Nationalismus einen unerwarteten externen Auftrieb gegeben. Putin nährt diese Stimmung in einem Land, das historisch durch die unterdrückerische Präsenz der Zaren und die Auseinandersetzungen mit den österreichisch-ungarischen und polnischen Streitkräften traumatisiert ist. Wie auch immer der geopolitische Ausgang der Invasion aussehen mag, ihre Auswirkungen auf die Kämpfe und das Bewusstsein der Bevölkerung sind erschreckend negativ. Und dieser Parameter ist der Hauptmaßstab, an dem die Sozialisten die politischen Entwicklungen messen.

Das Verschulden der NATO

Der Einmarsch Putins hat zu Verurteilungen geführt, die die ergänzende Verurteilung durch die NATO aussparen. Beide Ansätze sind in vielen Äußerungen der Linken zu finden, doch sind sie angesichts der einseitigen Ablehnung des Vorgehens der russischen Armee eine Minderheitsposition. Man muss sich nur die vorherrschenden Slogans auf den Straßendemonstrationen ansehen, um dieses Klima zu bestätigen. Die Medien sind die Hauptverantwortlichen für die Beschönigung des US-Imperialismus. Diese Schuld zu unterstreichen, ist eine der Prioritäten des Augenblicks.

Der derzeitige Diskurs fährt alle Geschütze gegen den "russischen Expansionismus" auf und verschleiert die imperiale Herrschaft der Kapitalisten. Die Demokratie, die Zivilisation und der Humanismus der USA werden gepriesen, ohne zu erwähnen, dass ihre Truppen den Irak und Afghanistan zerschlagen haben. Man braucht nur die geringe Zahl der bisherigen Opfer in der Ukraine mit den unmittelbaren Massakern zu vergleichen, die durch die Bombardierung dieser Länder durch das Pentagon verursacht wurden, um das Ausmaß der Grausamkeit zu ermessen, die mit den Aktionen der NATO einhergeht. Die NATO hat auch Jugoslawien in sieben balkanisierte Republiken zerschlagen. Frankreich kann nach dem Aderlass, den es in Algerien angerichtet hat, kein besseres Zeugnis ausstellen. Und nach seiner langen

Geschichte des Abschlachtens in Asien und Afrika hat Großbritannien wenig Befugnis, einen Finger zu rühren.

Der Krieg in der Ukraine erschüttert Europa einmal mehr mit einem traumatischen Flüchtlingsszenario. Um dieser Tragödie Einhalt zu gebieten, ist es notwendig, zu einem Weg des Friedens zurückzukehren, der auf der Zerschlagung der wichtigsten Kriegsmaschinerie des Kontinents beruht.

Solange die NATO Europa zu einer Festung mit Militärstützpunkten macht, wird es keine Entspannung geben. Die USA definieren Aktionen, führen verdeckte Operationen durch und verwalten Kriegsführungsinstrumente, als ob der Alte Kontinent zu ihrem eigenen Territorium gehören würde. Das Ende dieser Einmischung, der Abzug der Marineinfanterie und die Auflösung der NATO sind unumgängliche Forderungen für alle Friedensbefürworter.

Die Diener des US-Imperialismus bringen diese Forderungen zum Schweigen und nutzen die Ablehnung der Invasion in der Ukraine, um ihre Kampagne gegen die "russischen Eroberer" zu verstärken. In Lateinamerika prangern sie die "Infiltration" Moskaus mit einem Drehbuch aus dem Kalten Krieg an. Der rechte Flügel in Washington drängt bereits auf ein neues Gesetz zur "hemisphärischen Sicherheit", um die Präsenz des Pentagons südlich des Rio Grande zu erhöhen. Sie schlagen vor, den Status **Kolumbiens als wichtigster Extra-NATO-Verbündeter** zu festigen.

Alle vom Weißen Haus verbreiteten Phantasien über den überwältigenden Einfluss Russlands sind unbegründet. Die wirtschaftliche Präsenz Moskaus in Lateinamerika ist im Vergleich zu den dominierenden USA und dem boomenden Rivalen China irrelevant. Im Vergleich zu den regelmäßigen Übungen der Marineinfanteristen mit den Armeen der Region sind die wenigen russischen Militäreinsätze unbedeutend. Nicht einmal die russischen Waffenverkäufe in Lateinamerika haben das Gewicht, das sie in anderen Randgebieten des Planeten haben. Der Einfluss der pro-moskauischen Kommunikatoren ist ebenfalls lächerlich im Vergleich zu Washingtons kolossaler Nachrichten-Dominanz.

Doch das Außenministerium will die durch die Invasion in der Ukraine ausgelöste Aufregung nutzen, um seine Offensive gegen Regierungen, die nicht nach seiner Pfeife tanzen, neu zu starten. Sie strebt danach, die Lima-Gruppe wieder zusammenzustellen, die OAS wiederzubeleben, die CELAC zu neutralisieren, die Wahlniederlagen der Rechten rückgängig zu machen, der Diskreditierung der USA während der Pandemie entgegenzuwirken und die Verschwörungen gegen Venezuela und Kuba wieder aufzunehmen.

Kurzfristig fördert Washington die Anprangerung des russischen Einmarsches, ohne dabei die NATO zu erwähnen. Ihre Diplomaten bemühen sich um entsprechende Erklärungen der lateinamerikanischen Außenministerien. Sie zählen auf die Unterstützung der rechtsgerichteten Regierungen (angefangen bei Kolumbien, Uruguay und Ecuador), suchen aber auch die Unterstützung der progressiven Regierungen, die für ihren Druck am empfänglichsten sind. Die ersten Erklärungen von Boric stehen im Einklang mit der vom Weißen Haus

favorisierten Richtung und stehen im Gegensatz zu der von Lula und López Obrador vorgeschlagenen Neutralität.

Argentinien ist ein Sonderfall. Alberto Fernández wetterte in seinem Interview mit Putin gegen die USA, nahm dann eine äquidistante Haltung ein und stimmte schließlich in die Verurteilung Russlands ein, ohne die NATO zu erwähnen. In nur wenigen Tagen hat er alle denkbaren Positionen eingenommen und damit bestätigt, dass er keinen Kompass hat und seine Außenpolitik an seinen Geschäften mit dem IWF ausrichtet. Diese Unterwürfigkeit gegenüber dem Fonds macht ihn zu einer leichten Beute für Washington.

Die Bedingungen für die Selbstbestimmung

Die Kritik an Putins Vorgehen ist bei jeder Äußerung der Linken unvermeidlich. Dieser Position muss jedoch eine energische Anprangerung des US-Imperialismus als Hauptschuldigen an der Eskalation des Krieges vorausgehen. Diese Aggression rechtfertigt nicht die militärische Antwort des Kremls, die für alle Emanzipationsprojekte höchst kontraproduktiv ist. Die Unterstützung einer solchen Operation ist selbstzerstörerisch und richtet sich gegen den Kampf für Demokratie, Gleichheit und Souveränität der Nationen.

Putin hat seinen Einmarsch nicht nur als Verteidigungsmaßnahme gegen die NATO gerechtfertigt. Dieses Argument reicht nicht aus, um die unverhältnismäßige Reaktion auf die Invasion zu erklären, aber es hat eine gewisse Berechtigung. Der Kremelchef ging über diese Einschätzung hinaus und stellte fest, dass die Ukraine kein Recht hat, als Nation zu existieren. Diese Charakterisierung stellt seinen Agenten auf eine andere, unannehmbare Ebene der Anfechtung des Rechts eines Volkes, über sein eigenes Schicksal zu entscheiden. Der Moskauer Staatschef ist der Ansicht, dass die Ukraine nie eine echte, von der russischen Matrix getrennte Nation war. Er behauptet, dass sie diesen künstlichen Charakter aufgrund der Bolschewiki annahm, die 1917 ein böses Recht auf Trennung gewährten. Dieses Attribut nahm später die konstitutionelle Form einer freiwilligen Union der Sowjetrepubliken an. **Putin gibt Lenin die Schuld** an dieser Untergrabung des russischen Territoriums und ist der Ansicht, dass Stalin denselben Fehler bestätigte, indem er eine Regelung aufrechterhielt, die die föderale Autonomie der Ukraine tolerierte.

Putins Ansicht enthält eine implizite Rechtfertigung des früheren repressiven Modells des Zarismus. Dieses Modell beruhte auf der von den Großrussen ausgeübten Herrschaft über eine große Anzahl von Nationen. Lenin kämpfte gegen dieses "Völkergefängnis", das viele Minderheiten daran hinderte, ihre Ressourcen zu verwalten, ihre Kultur zu entwickeln, ihre Sprache zu benutzen und ihren nationalen Weg zu gehen. Der Widerstand gegen diese Unterdrückung schürte den großen Kampf, der zur Entstehung der Sowjetunion führte. Das Recht der unterdrückten Völker auf ihre eigene Selbstbestimmung war eine Forderung, die sich mit den Forderungen nach Frieden, Brot und Land überschneidet, die die Revolution von 1917 auslösten. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wurde als ein freier und souveräner Zusammenschluss dieser Nationen proklamiert.

Putin lehnt diese Tradition ab und ignoriert die ukrainische Identität, die das genaue Gegenteil des Kunstgriffs ist, den der Kremlchef ablehnt. Die Ukraine hat eine lange und dramatische nationale Geschichte, die von den Tragödien der Weltkriege und der Zwangskollektivierung geprägt ist. Wie in anderen Teilen der Welt ist die nationale Selbstbestimmung, über die in der Ukraine diskutiert wird, weder ein heiliges, übergeordnetes Ziel, noch hat sie einen höheren Stellenwert als soziale und populäre Forderungen. Sie wird eindeutig von der Rechten benutzt, um den Nationalismus und den Konflikt zwischen den Völkern zu schüren. Doch Putin wendet sich nicht gegen diese reaktionäre Manipulation, sondern gegen das Existenzrecht eines Landes.

Eine solche Haltung stellt die regressivste Facette ihrer militärischen Operationen dar. Sie unterstreicht, dass ihr Einmarsch nicht nur durch das Wettrüsten mit der NATO bestimmt wird und auch nicht ausschließlich aus defensiven oder geopolitischen Gründen erfolgt. Sie geht auch auf ein despotisches Attribut zurück, das Moskau für sich beansprucht, weil die Ukraine in seinen territorialen Radius gehört.

Die Ukrainer im Westen und Osten haben das gleiche Recht wie jedes andere Volk, über ihre nationale Zukunft zu entscheiden. Solange die NATO-assoziierten Streitkräfte und die russischen Truppen in dem Land präsent sind, wird die Selbstbestimmung jedoch nur eine deklamatorische Aussage sein. Die erste Voraussetzung für Fortschritte auf dem Weg zu einer echten Souveränität der Ukraine ist die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen, um den Abzug ausländischer Gendarmen von beiden Seiten und die anschließende Entmilitarisierung des Landes mit einem internationalen Neutralitätsstatus zu vereinbaren. Die Linke aus vielen Seiten und aus vielen Ländern hat sich in diesen doppelten Kampf gegen die NATO und den russischen Einmarsch engagiert.

Claudio Katz

Wirtschaftswissenschaftler, Forscher, Professor und Mitglied der EDI (Linke Wirtschaftswissenschaftler). Seine Website ist www.lahaine.org/katz.

Quelle: <https://jacobinlat.com/2022/03/02/dos-confrontaciones-en-ucrania/>

übersetzerin: anamaria diaz-rodrigo